

## LANDTAGSWAHL NRW 2005

- ▶ Startseite
- ▶ Nachrichten
- ▶ Politik
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Kultur
- ▶ Wissen
- ▶ Panorama
- ▶ Computer
- ▶ Service
- ▶ Sport
- ▶ Wetter
- ▶ Verkehrslage
- ▶ WDR Regional
- ▶ Impressum
- ▶ Kontakt

## Landtagswahl 2005 bei wdr.de

- ▶ Ergebnisse - Analysen - Umfragen
- ▶ Rüttgers: Mister Unverbindlich?
- ▶ Ab sofort: Haushaltssperre in NRW
- ▶ Kultur bleibt, Verkehr wird aufgelöst
- ▶ Kultur-Ausschuss bleibt doch

- ▶ Multimedia
- ▶ Videotext
- ▶ Lernzeit
- ▶ Planet Wissen
- ▶ Fotoalbum
- ▶ Newsletter & RSS
- ▶ Quiz & Spiele
- ▶ Webcams
- ▶ WDR Shop

## Wichtiger Hinweis:

Sie sehen eine Archivseite von WDR.de. Diese Informationen sind möglicherweise nicht mehr aktuell und geben den Stand des Veröffentlichungstages wieder. Aktuelle Informationen finden Sie stets auf unserer [Homepage](#).



▶ Übersicht ▶ Parteien ▶ Hintergrund ▶ Regional ▶ TV & Radio ▶ Interaktiv

Stand vom 28.06.2005

## Was passiert am rechten Rand?

## Die Wahlchancen rechtsextremer Parteien in NRW

Von Dominik Reinle

**Gelingt der braunen "Volksfront" aus NPD, DVU und Neonazis der Sprung in den Landtag? Profitieren die Republikaner von der Wahlkampf-Kostenerstattung? Wer vom rechten Rand tritt sonst noch an? Antworten des NRW-Verfassungsschutzes bei wdr.de.**



Muss schweigen: Verfassungsschutz-Chief Thieme

Wer sich in diesen Tagen um ein Statement des NRW-Verfassungsschutz-Chefs zu den Wahlchancen rechtsextremer Parteien bemüht, hat Pech: "Als Beamter ist Hartwig Möller so kurz vor den Landtagswahlen zu parteipolitischen Neutralität verpflichtet", sagt Dagmar Pelzer, Sprecherin des Innenministeriums. Stattdessen verweist sie auf den Verfassungsschutzbericht und "die in diesem Zusammenhang geäußerten Einschätzungen". Demnach haben weder die NPD noch die Republikaner eine Chance auf einen Einzug in den NRW-Landtag. Beide Parteien verfehlen anscheinend klar die Fünf-Prozent-Hürde. Die Prognose der Verfassungsschutz-Chief: Die Republikaner, die sich bemühten, "ihre rechtsextremistische Grundhaltung in öffentlichen Aussagen zu verschleiern", könnten zwei Prozent der Stimmen erhalten. Die NPD dagegen komme wohl nur knapp über ein Prozent.

Falls es so kommt, dürfte das für die Rechtsextremen dennoch ein Erfolg sein: Alle Parteien, die bei der Landtagswahl die Ein-Prozent-Hürde überspringen, haben Anspruch auf Wahlkampf-Kostenerstattung aus Steuergeldern. Für die NPD geht es dabei um einen Betrag von rund 85.000 bis 90.000 Euro. Auch die Landespartei der Republikaner würde 50 Cent pro Stimme erhalten.

## Links

- ▶ Rechte Parteien in NRW [WDR5 Morgenecho (10.05.05); 3'51]
- ▶ NPD und Republikaner auf Stimmenfang [Funkhaus Europa (11.05.05); 4'34]
- ▶ Rechtsextreme im Landtag? [WDR5 Morgenecho (10.05.05); 3'49]
- ▶ WebTV: Rechte Parteien und ihre Chance [WDR (08.05.05), 8:40]

## DVU und "Freie Kameradschaften" auf der NPD-Liste

Die NPD setzt auf Wahlabsprachen mit der DVU und parteiunabhängigen Neonazis, die sich in so genannten "freien Kameradschaften" organisiert haben. Auf diese Weise soll eine "Volksfront von rechts" gebildet werden. Auf der NPD-Landesliste kandidieren drei Neonazis: Auf Platz acht tritt der Grevenbroicher Christian Malcoci an, der in der seit 1995 verbotenen Freiheitlichen Arbeiter Partei (FAP) zum Kader gehörte. Auf Platz zehn steht Daniela Wegener aus Bochum, die seit Jahren den "Nationalen Widerstand Hochsauerland" anführt. Auf Platz dreizehn folgt Ralph Tegethoff aus Bad Honnef, der Ende 2004 als bundesweit bekannter Neonazi in die NPD eingetreten ist. Er führt die "Kameradschaft Rhein-Sieg".



Wollen in den Landtag: "freie Kameraden"

## NPD vereinbart mit Neonazis finanzielle Unterstützung



Als Belohnung: NPD-Gelder für Neonazis?

Der einzige DVU-Vertreter auf der NPD-Liste ist Axel Thieme, der seit der Kommunalwahl 2004 im Rat der Stadt Dortmund sitzt. Der Ratsherr kandidiert auf dem Listenplatz 15 - und damit deutlich hinter den Neonazis. "Diese Aufstellung zeigt, von wem sich die NRW-NPD etwas verspricht: von den Neonazis mehr, von der DVU weniger", heißt es beim NRW-Verfassungsschutz. Die "freien Kameradschaften" haben die NPD bei der Vorbereitung der Landtagswahl offenbar massiv unterstützt, wie der "Informationsdienst für Rechtsextremismus" (IDGR) berichtet: In einer Erklärung der Neonazis vom April 2005 stehe, es sei nur mit ihrer Hilfe möglich gewesen, für die NPD-Liste "in über 100 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen und die erforderlichen Unterschriften zu sammeln". Im Gegenzug hätten die Neonazis mit der NPD eine Vereinbarung ausgehandelt, die sie an einer möglichen Wahlkampf-Kostenerstattung der Partei beteiligt. Für den geplanten Geldtransfer sollen die Neonazis eigens einen Verein gegründet haben.

## "Es ist unser Ziel, die BRD abzuwickeln"

Die ersten Plätze der NPD-Liste sind langjährigen Parteimitgliedern vorbehalten: Auf Platz eins steht der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der in Bochum wohnt. Er hat sich im September 2004 in einem Interview mit der Wochenzeitung "Junge Freiheit" offen über seine Absichten geäußert: "Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat". Voigt sagte auch: "Zweifelloso handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann." Die "Junge Freiheit" ist laut NRW-Verfassungsschutzbericht 2004 "einer um Intellektualisierung bezühten geistigen Strömung innerhalb des Rechtsextremismus zuzurechnen." Einer Beschwerde der Partei gegen diese Einschätzung hat das Bundesverfassungsgericht im Juni 2005 stattgegeben. Nun muss das Verwaltungsgericht Düsseldorf "erneut prüfen, ob die tatsächlichen Anhaltspunkte für einen Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen" ausreichen.



Hitler-Fan: NPD-Spitzenkandidat Udo Voigt

Bild vergrößern

Auf Platz zwei der NPD-Liste tritt der Landesvorsitzende Stephan Haase aus Lüdenscheid an. Seit Oktober 2004 ist er nach Angaben des IDGR auch Mitglied des NPD-Bundesvorstandes. Früher sei er Kader der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) gewesen. Im Zusammenhang mit einer Haftstrafe auf Bewährung sei ihm 1998 verboten, seinen Neonazi-Versand weiterzuführen. Ebenfalls mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist offenbar Claus Cremer aus Bochum, der auf Platz drei kandidiert. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende wurde laut IDGR im Februar 2005 wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Cremer ist der offizielle Ansprechpartner bei der Landes-NPD für die "freien Kameradschaften".

## Nicht flächendeckend: "Bund für Gesamtdeutschland" und "Offensive D"



Voraussichtlich: Landtag ohne rechte Parteien

Während die Republikaner und die NPD sich praktisch flächendeckend zur Wahl stellen, gibt es rechte Splitterparteien, die nur wenig präsent sind. Dazu gehört der rechtsextreme "Bund für Gesamtdeutschland" (BGD), der nur in zwei Wahlkreisen in Düsseldorf mit Direktkandidaten antritt. In der Vorstellung des BGD-Vorsitzenden Horst Zaborowski existiert das Deutsche Reich noch immer in den Grenzen von 1871. Bis heute sind die ursprünglichen Schwesterorganisationen BGD und das vom Verfassungsschutz ebenfalls als rechtsextrem eingestufte "Bündnis für Deutschland" (BfD) miteinander verflochten. So kandidiert auf Platz zwei der BGD-Liste der BfD-Chef Helmut Fleck aus Siegburg, der wiederum bei der Kommunalwahl 2004 mit einem Neonazi und ehemaligem NPD-Mitglied auf seiner Parteiliste angetreten war. Bei der Landtagswahl 2000 erreichte der BGD lediglich 178 Stimmen.

Ebenfalls mit nur zwei Direktkandidaten geht die populistische "Partei Rechtsstaatliche Offensive" ("Offensive D") in Viersen ins Rennen. Die ehemalige Schill-Partei hatte im Kommunalwahlkampf 2004 gegen den Bau von Moscheen in Dortmund agitiert. Bei der letzten Landtagswahl war die "Offensive D" nicht angetreten.

## Wie rechtslastig ist die BüSo?

Nicht im Verfassungsschutz-Bericht erwähnt, aber offenbar dennoch rechtslastig ist die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (BüSo), die in 41 von insgesamt 128 Wahlkreisen mit Direktkandidaten antritt. Nach Angaben der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) ist die BüSo die Nachfolgeorganisation der Partei "Patrioten für Deutschland". Geführt wird die Partei von Helga Zepp-LaRouche. Sie ist die Ehefrau des amerikanischen Millionärs Lyndon H. LaRouche. Er kandidierte laut EZW als Mitglied der Demokratischen Partei achtmal erfolglos für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der USA.

Auch in Deutschland bemüht er sich nach Angaben der EZW um politischen Einfluss, der maßgeblich von Helga Zepp-LaRouche koordiniert werde. Zu den zu diesem Zweck gegründeten Institutionen gehöre auch die BüSo, die auf ihrer Homepage direkt Bezug auf Lyndon LaRouche nimmt. Gegen die politischen Aktivitäten von Lyndon LaRouche werden verschiedene Vorwürfe erhoben. Die Evangelische Zentralstelle spricht von "Verschwörungstheorien", einem "alleingültigen Wahrheitsanspruch" und von "Abschottung": Eine wiederkehrende Konstante seien "die zumeist indirekt propagierten antisemitischen Stereotype eines 'internationalen Finanzjudentums'". Der Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR) schreibt: "Die Programmatik der LaRouche-Organisationen ist durchdrungen von antisemitisch-verschwörungstheoretischem und autoritärem Gedankengut." Die BüSo weist diese Vorwürfe von sich. In einem Schreiben des Landesvorsitzenden Karl-Michael Vitt an [wdr.de](#) heißt es: "In eine politische 'Ecke' gedrängt zu werden, hat in Deutschland ja eine Tradition. [...] Da wir dem herrschenden Zeitgeist des Neoliberalismus und der Philosophie der Achtundsechziger nicht entsprechen, darf es einen auch nicht verwundern." Bei der Landtagswahl 2000 erreichte die BüSo 2.530 Stimmen, was einem Ergebnis von null Prozent entsprach.

## Mehr zum Thema

- Republikaner überall zur Wahl zugelassen Landeswahlausschuss sieht keine Beweise für Fälschungen (25.04.05)
- Parteien zur Landtagswahl 2005 Eine alphabetische Übersicht (19.04.05)
- NPD: Landeswahlleiterin überprüft Vorwürfe Angeblich politische Umfrage vorgetäuscht (07.03.05)
- Welche Gefahr droht in NRW von rechts? Kommunalwahl 2004: Rechtsextreme treten nicht flächendeckend an (23.09.04)
- Schlammschlacht am rechten Rand Lüdenscheid: NPD tritt auf REP-Liste zur Kommunalwahl an (17.09.04)
- Neonazis in NRW
- ☞ Online-Lexikon: NPD Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: Udo Voigt Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: REP Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: DVU Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: "Freie Kameradschaften" Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: Christian Malcoci Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Online-Lexikon: Lyndon H. LaRouche Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)
- ☞ Verfassungsschutzbericht NRW über das Jahr 2004 PDF-Datei des Düsseldorfer Innenministeriums vom März 2005